Eine typische Situation am Königsborner Tor: Fahrradfahrer und Fußgänger verlassen die Unterführung und müssen sich mit dem motorisierten Verkehr arrangieren. Nun ist eine Neuregelung der Verkehrsführung im Gespräch. Foto: Sarad

Neue Regeln gesucht für Verkehr am Königsborner Tor

Politik diskutiert Vorrang für Fahrradfahrer – Stadt prüft Möglichkeiten

Von Thomas Raulf

Unna. Die Stadt erwägt eine Neustrukturierung des Verkehrs im Umfeld nördlich des Königsborner Tors. Vorrang für Fahrradfahrer ist im Gespräch.

Aktuell hat die SPD-Fraktion das Thema auf die Tagesordnung gebracht. Der Vorschlag: Fahrradfahrer, die aus der Unterführung „Königsborner Tor" aus Richtung der Bahnhofstraße herausfahren, erhalten Vorrang bei der Weiterfahrt auf die Friedrich-Ebert-Straße. Die SPD sieht diese Maßnahme als Beitrag zu mehr Fahrradfreundlichkeit. Die Stadtverwaltung erklärte jetzt, es seien für diesen Bereich Lösungen in Arbeit, sie könne nur noch nicht über Details berichten. Stadtsprecherin Katja Sahmel sagt, tatsächlich passten an der Stelle die Verkehrsregelung und die tatsächliche Nutzung von Straßen und Wegen nicht zueinander. Autofahrer haben Vorfahrt, die Zahl der Fußgänger und Fahrradfahrer sei aber höher. Es hätte also Sinn, die Situation sicherheitstechnisch zu überprüfen.

Den Verkehr in der Fußgänger- und Radfahrerunterführung am Königsborner Tor sicher zu lenken, ist nicht einfach. Erst 2014 hatte die Stadt Bügel versetzt, die Rollende und Gehende voneinander trennen. Nun rückt der Verkehr nördlich der Unterführung in den Fokus.

Auch die kürzlich beschlossenen Planungen für die neue Brauhaus-Gastronomie auf dem Gelände des früheren Güterbahnhofs berühren diesen Bereich. So soll der Autoverkehr, der das „Event-Lokal" verlässt, nur nach rechts abbiegen dürfen, damit er über die Hammer Straße abfließt und nicht über die Friedrich-Ebert-Straße.

In der Politik wird nun die Frage diskutiert, wie weit die Stadt gehen sollte, wenn sie dem Radverkehr Vorrang gewährt. Klaus Göldner (FLU) regte an, die gesamte obere Friedrich-Ebert-Straße bis zum Kreishauskreisel in die Betrachtung mit einzubeziehen. Nicht nur direkt nördlich der Unterführung, auch im weiteren Verkauf bis zum Kreisel sei die Angelegenheit „verquickt", eine einheitliche Lösung sei womöglich sinnvoll. Björn Merkord (Grüne) brachte einen älteren Antrag seiner Fraktion dazu in Erinnerung. Die Grünen hatten vor zwei Jahren vorgeschlagen, die Platanenallee und die obere Friedrich-Ebert-Straße zur Fahrradstraße umzuwandeln. Auf einer Fahrradstraße ist Autoverkehr nur bei entsprechenden Ausnahmeregelungen erlaubt.

Das allerdings ginge der SPD-Fraktion wohl zu weit. Wolfgang Ahlers erinnerte an die Situation der Gewerbetreibenden an der oberen Friedrich-Ebert-Straße. Diese seien ohnehin schon „bestraft" seit der Abbindung der Straße durch den Bau des Kreishauskreisels. Ahlers befürchtet offenbar Umsatzeinbußen, sollte der Autoverkehr noch mehr eingeschränkt werden. Grünen-Ratsherr Merkord wiederum argumentiert, der Bereich würde gerade durch Vorrang für Radler attraktiver. „Sie unterschätzen die Wirtschaftskraft von Radfahrern."